



Wie stoppt man das Ausbluten der Grenzregion?

Frage an Bundestagskandidaten aus Ostbayern zur richtigen Förderung des ländlichen Raumes

Von Andreas Kerscher

Ostbayern wächst. Bis 2039 wird die Zahl der Einwohner insbesondere in Niederbayern stark zunehmen, hat das Landesamt für Statistik vorausgerechnet. Während Ballungsräume wie Landshut und Regensburg immer mehr Menschen anziehen, verlieren ländliche Regionen wie die Landkreise Regen und Freyung-Grafenau Einwohner. Weil insbesondere die Jungen abwandern, steigt das Durchschnittsalter in den Grenzlandkreisen an, der demografische Wandel wird spürbar.

Im Grundgesetz steht das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland. Es ist Aufgabe der Politik, diese Formulierung mit Leben zu füllen. Unsere Medien-gruppe hat Bundestagskandidaten aus der Region folgende Frage gestellt: *In den ostbayerischen Grenzlandkreisen zu Tschechien steigt das Durchschnittsalter stark an, junge Menschen wandern ab. Was machen Sie, um ein Ausbluten des ländlichen Raums zu verhindern?*

CSU

Andreas Scheuer: „Politik schafft die Voraussetzungen, damit sich Firmen im ländlichen Raum ansiedeln und neue Arbeitsplätze entstehen. Zudem wollen wir bei aller Weiterentwicklung und Veränderung unsere Wirtschaftsstruktur in Niederbayern erhalten. Das ist das Erfolgsrezept der Premiumregion. Ein wichtiger Baustein ist die Verlagerung von Behörden in die Grenzregionen wie jüngst die Ansiedlung eines Verwaltungsgerichts in Freyung. Mit unserer Hochschul- und Ausbildungslandschaft haben wir beste Voraussetzungen, dass junge Menschen hier bleiben oder wieder zurückkehren. Mittlerweile entwickelt sich aus den Hochschulen eine niederbayerische Gründerszene, die weiter gefördert werden muss. Mittelstand, Handwerk und Industrie bieten hoch qualifizierte und gut bezahlte Arbeitsplätze. Grundvoraussetzung für diese Entwicklung ist aber eine moderne Infrastruktur, wie ein gut ausgebautes Straßennetz oder gute Breitbandversorgung. Für junge Familien sind Angebote im Bereich Kinderbetreuung, Schule und Bildung, ärztliche Versorgung oder beispielsweise ein abwechslungsreiches kulturelles Angebot besonders wichtig.“



Andreas Scheuer
Foto: CSU

Andreas Scheuer aus Passau tritt für die CSU in Bayern auf dem dritten Listenplatz an und ist außerdem Direktkandidat im Wahlkreis Passau. Er ist Bezirksvorsitzender der CSU in Niederbayern. Scheuer ist seit 2002 Mitglied des Bundestages und seit 2018 als Bundesverkehrsminister Mitglied der Bundesregierung.

SPD

Uli Grötsch: „Wir wollen Kommunen umfassend unterstützen, um den ländlichen Raum wieder attraktiver zu machen. Die SPD hat bereits erreicht, dass der Bund nun bis zu 74 (statt 50) Prozent der Leistungen für Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung übernimmt. Die Kommunen haben dadurch jährlich 3,4 Milliarden Euro mehr

zur Verfügung. Der Bund gleicht auch die Hälfte der rund zwölf Milliarden Euro weniger Gewerbesteuerereinnahmen im Jahr 2020 aus.



Uli Grötsch
Foto: Susi Knoll

Wir wollen, dass die Kommunen in Zukunft mehr von Steuereinnahmen profitieren können. Auch der Zugang zu Fördermitteln des Landes und des Bundes soll einfacher werden. Die Mittel für das Regionalmanagement wollen wir aufstocken. Sie sind wichtig, um die Lebensqualität und Wettbewerbsfähigkeit der Kommunen zu erhöhen. Eine weitere Option zur Entlastung der Kommunen ist die einmalige Übernahme von Alt-schulden durch den Bund.

Außerdem fordern wir mit unserer Mobilitätsgarantie den umfangreichen Ausbau des ÖPNV – jeder Ort soll mindestens stündlich mit Bahn oder Bus erreichbar sein. Das wäre eine enorme Verbesserung und würde das Leben auf dem Land viel attraktiver machen.“

Uli Grötsch aus Weiden steht auf dem ersten Listenplatz der SPD in Bayern und ist Direktkandidat im Wahlkreis Weiden. Der ehemalige Generalsekretär der Bayern-SPD ist seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages. Seit 2017 gehört er dem SPD-Parteivorstand an.

AfD

Peter Boehringer: „Die AfD will insbesondere in strukturschwachen Regionen die Rahmenbedingungen für Investitionen durch eine zeitgemäße Infrastruktur und die Beendigung von Staatseingriffen verbessern. Hierzu zählt die Entschlackung und Flexibilisierung des Arbeitsrechts, die Beendigung der Benachteiligung des Mittelstands gegenüber multinationalen Großkonzernen, die Sicherstellung verlässlicher rechtlicher und regulatorischer Rahmenbedingungen sowie der Abbau beziehungsweise die Befristung von Regulierungen. Mittels eines Blue-Deal-Entwicklungsplanes sollen Investitionen in Technologieführerschaft angeschoben werden. Schulbildung und Forschung sollen verstärkt auf MINT-Fächer ausgerichtet, die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in Produkte beschleunigt, Selbstständigkeit und Erfindergeist gefördert und damit die Dynamik kleiner innovativer Einheiten in den Grenzlandkreisen zu Tschechien genutzt werden.“



Peter Boehringer
Foto: H. Dreblow

Peter Boehringer aus München führt die Liste der AfD in Bayern an. Zusätzlich ist er Direktkandidat im Wahlkreis Amberg. Boehringer ist seit 2017 Mitglied im Bundestag und Vorsitzender des Haushaltsausschusses.

FDP

Nicole Bauer: „Um die Lebensqualität in den ländlichen Räumen Ostbayerns zu verbessern, brauchen die Kommunen mehr Freiräume für Zukunftschancen, Vielfalt und Zusammenhalt. Wir wollen Ehrenamt und



Die Ortsmitten von kleineren Gemeinden, insbesondere in der ostbayerischen Grenzregion, drohen trist zu werden, wenn sich Menschen und Gewerbe dort nicht mehr ansiedeln möchten.
Foto: Karl-Josef Hildenbrand/dpa

Sport durch gute Rahmenbedingungen unterstützen. Zudem müssen wir die Überlebensfähigkeit kleinerer Schulen durch feste Sockelbeiträge sichern und Bildungseinrichtungen bedarfsorientiert finanzieren.



Nicole Bauer
Foto: Michael Hackl

Die wohnortnahe medizinische Versorgung, die Verbesserung der Situation der Hausärzte und die finanzielle Absicherung kleinerer Krankenhäuser sind essenziell. Ein medizinischer Campus sowie ein Krankenhaus der Versorgungsstufe III in Niederbayern wären eine riesige Chance für die Region.

Um gleichwertige Lebensbedingungen zu ermöglichen, bedarf es eines schnellen Mobilfunk- und Breitbandnetzes, einer guten Infrastruktur und neuen Angeboten des ÖPNV. Weiter wollen wir den Mittelstand von Abgaben und Steuern entlasten. Außerdem muss die Wirtschaft durch Bürokratieabbau entfesselt werden. Wir setzen uns auch seit Jahren für eine zukunftsfähige, wettbewerbsfähige und nachhaltige Land- und Forstwirtschaft ein.“

Nicole Bauer aus Velden (Kreis Landshut) steht auf dem siebten Listenplatz der FDP in Bayern. Im Wahlkreis Landshut tritt sie als Direktkandidatin an. Bauer ist seit 2020 Bezirksvorsitzende der FDP in Niederbayern und Mitglied im Landesvorstand. Seit 2017 ist sie im Bundestag.

Grüne

Erhard Grundl: „Den Slogan der gleichwertigen Lebensverhältnisse hat die CSU die letzten Jahrzehnte wie eine Monstranz vor sich hergetragen, dann aber



Erhard Grundl
Foto: Robert Kothe

doch in die Metropolen investiert. Mit dieser Doppelzüngigkeit muss Schluss sein. Damit der ländliche Raum gerade für junge Leute und Familien attraktiv ist, brauchen wir eine gute öffentliche Infrastruktur

und das Prinzip der kurzen Wege. Die Schnelligkeit des Internets und das ÖPNV-Angebot sind heute die Entscheidungskriterien geworden, sowohl für Firmenansiedlungen als auch für Häuslbauer.

Neben wohnortnahen Arbeitsplätzen brauchen wir lebendige Dorfkern mit Geschäften und Dienstleistungen in der unmittelbaren Umgebung. Da wurde in den letzten Jahren mit dem „Landesentwicklungsplan“ der CSU und der einhergehenden Förderung der Discounter auf den ehemals grünen Wiesen außerhalb der Ortschaften leider viel von unserer Heimat kaputt gemacht. Und zuletzt braucht es Kulturangebote. Mit einem Förderprogramm wollen wir die Ortskerne beleben und innovativen Ansätzen zur Neuausrichtung von Leerständen beim Start unter die Arme greifen.“

Erhard Grundl aus Straubing kandidiert auf dem achten Platz der Landesliste der Grünen. Im Wahlkreis Straubing tritt er zudem als Direktkandidat an. Grundl ist niederbayerischer Bezirksvorsitzender der Grünen und gehört seit 2017 dem Bundestag an.

Die Linke

Veronika Lackerbauer: „Der ländliche Raum kann durch hohe Lebensqualität und Familienfreundlichkeit die größeren Ballungszentren gewährliefert ist (Stichwort: ÖPNV). Attraktiv sind ländliche Kommunen auch dann, wenn sie Versorgung am Ort gewährleisten können. Dazu positioniert sich Die Linke gegen die Schließung und Zusammenlegung von kleinen Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Wir wollen die flächendeckende Versorgung auch dadurch sicherstellen, dass wir eine Abkehr vom profitorientierten Gesundheitswesen fordern. Die Daseinsversorgung gehört in die öffentliche Hand.

Durch digitale Arbeitsmodelle und Homeoffice können Familie und Beruf besser vereinbart werden. Wenn der Arbeitsplatz nicht mehr zwingend vor-schreibt, wo Menschen leben, entscheiden andere Gesichts-



Veronika Lackerbauer
Foto: privat

punkte. Verfügbarkeit von Schulen und Betreuungsangeboten, Zugang zu medizinischer Versorgung und Pflege, Freizeitangebote, Einkaufsmöglichkeiten, Ausbau der digitalen Infrastruktur und nicht zuletzt bezahlbarer Wohnraum sind dann entscheidende Argumente, die Kommunen als Wohnort für Familien und jüngere Menschen attraktiv machen.“

Veronika Lackerbauer aus Landshut tritt auf Listenplatz 17 für Die Linke an und ist Direktkandidatin im Wahlkreis Landshut. Lackerbauer ist Mitglied im Kreisvorstand von Die Linke Landshut-Kelheim und gehört dem Kreistag Landshut an.

Freie Wähler

Hubert Aiwanger: „Corona hat gezeigt, dass der ländliche Raum krisenfest ist als die Metropolen und immer mehr auch junge Menschen erkennen, dass die Lebensqualität am Land gerade auch für Familien mit Kindern höher ist als in Verdichtungs-räumen. Wir brauchen aber gute Verkehrsverbindungen in die Städte und gute digitale Infrastruktur. Das Potenzial des ländlichen Raumes in Bezug auf Wertschöpfung im Tourismus und Mittelstand ist bei Weitem noch nicht ausgeschöpft und die Landwirtschaft darf nicht vergessen werden!“

Hubert Aiwanger aus Rahstorf (Kreis Landshut) führt die Landesliste der Freien Wähler an. Anders als bei vergangenen Wahlen tritt er nicht zusätzlich als Direktkandidat an. Aiwanger ist Vorsitzender der Freien Wähler und stellvertretender bayerischer Ministerpräsident sowie bayerischer Wirtschaftsminister.



Hubert Aiwanger
Foto: Sven Hoppe/dpa

Hubert Aiwanger aus Rahstorf (Kreis Landshut) führt die Landesliste der Freien Wähler an. Anders als bei vergangenen Wahlen tritt er nicht zusätzlich als Direktkandidat an. Aiwanger ist Vorsitzender der Freien Wähler und stellvertretender bayerischer Ministerpräsident sowie bayerischer Wirtschaftsminister.

Info

Befragt wurden alle Parteien, die derzeit im Deutschen Bundestag oder im Bayerischen Landtag vertreten sind. Stellvertretend für die Partei sollte jeweils der am höchsten platzierte Listenkandidat aus Niederbayern oder der Oberpfalz antworten.